



J. Farys

Klimaschutz

Rote Linien gegen Braunkohle



J. Farys

Breiter Widerstand gegen Braunkohle

Rote Linien gegen Kohle

Der Widerstand gegen die umwelt- und klimaschädliche Braunkohleverstromung wächst. Anlässlich der UN-Klimagipfels in Bonn demonstrierten am letzten Wochenende Tausende aus aller Welt für den Kohleausstieg und für Klimagerechtigkeit. Bereits Ende August hatten 3.000 Demonstrierende am Tagebau Hambach eine Rote Linie gegen Kohle gezogen.

Bis hierhin und nicht weiter“ war die Botschaft der überwiegend rot gekleideten Klimaschützer*innen, die sich am 26. August mit einer Roten Linie schützend vor den Hambacher Wald und die vom Tagebau bedrohten Orte stellten. Zur Demonstration hatte der BUND gemeinsam mit der BUNDjugend, der Klima-Allianz, Greenpeace und dem NABU aufgerufen.

Zeitgleich mit dieser eindrucksvollen Menschenkette fanden unter dem Label „Ende Gelände“ im Rheinischen Revier auch gewaltfreie Aktionen zivilen Ungehorsams an der Kohlebahn und den Kraftwerken statt. Ein Klimacamp und das *camp for [future]* der BUNDjugend zogen Jugendliche aus ganz Europa an. Im BUNDjugend-Camp am Tagebau Hambach kamen über zehn Tage verteilt rund 250 junge Menschen zusammen, um gemeinsam Workshops zu machen, sich über Zukunftsthemen zu unterhalten oder einfach die schöne und lockere Atmosphäre des Camps zu genießen. Unterm Strich beteiligten sich mehr als

6.000 Menschen während der Aktionstage Ende August am Braunkohlenprotest. „So viele Menschen haben noch nie im Rheinischen Revier gegen den Irrsinn des Braunkohlenabbaus demonstriert“, konnte Demo-Leiter Dirk Jansen auf der Abschlusskundgebung in Kerpen-Manheim verkünden. „Es waren die größten Proteste die das Revier jemals gesehen hat.“

Unter den Demonstrierenden tummelte sich auch zahlreiche Polit-Prominenz. So war zum Beispiel die Parteispitze der Grünen und der Linkspartei vertreten. An die Politik ging dann auch der Appell des BUND-Vorsitzenden Hubert Weiger: „Klimaschutz wird zur Makulatur, wenn Kohlekraftwerke ungedrosselt weiter laufen. Der Kohleausstieg muss ganz oben auf die Agenda der nächsten Bundesregierung“, sagte der BUND-Chef. Nur so seien auch die Landesregierungen in den Braunkohle-Ländern zu stoppen, die mit ihrer Pro-Kohle-Agenda die deutsche Klimapolitik sabotierten. RWE darf nach BUND-Berechnungen noch höchstens ein Viertel der vorgesehenen Braunkohlemenge abbauen, sonst sind die internationalen Klimaschutz-Verpflichtungen Deutschlands nicht zu halten. Um nicht das Klimaschutzziel einer 40-prozentigen CO₂-Minderung bis 2020 krachend zu verfehlen müssen alle vor 1990 in Betrieb genommenen Kohlekraftwerke abgeschaltet werden.



Eine Dokumentation der Demo in Bild und Ton finden Sie unter www.bund-nrw.de/rote_linie



J. Farys

BUND erzwingt Rodungsstopp

Wald statt Tagebau

Der Kampf zur Rettung des Hambacher Waldes vor den Braunkohlenbaggern geht in eine entscheidende Phase: Am 21. November entscheidet das Verwaltungsgericht Köln über die Klagen des BUND gegen die Fortführung des Tagebaus Hambach. Zumindest bis dahin wird es keine weiteren Wald-Rodungen geben. Dazu hat sich RWE verpflichtet. Für den BUND ist das ein erster Erfolg. Jetzt hoffen wir, eine Aufhebung der bergrechtlichen Zulassungen des Tagebaus gerichtlich durchsetzen zu können.

Es geht um viel. Obwohl bereits seit 1978 große Teile des vor der bergbaulichen Inanspruchnahme 4.100 Hektar großen Hambacher Waldes für den Tagebau vernichtet wurden, sind die verbliebenen Flächen von einzigartigem Wert. Hier kommt noch auf mehreren hundert Hektar Fläche der eigentlich streng geschützte Maiglöckchen-Stieleichen-Hainbuchenwald vor. In ihm tummeln sich mehr als 140 Vogelarten, etliche Amphibien und die Haselmaus. Herausragend ist die Bedeutung des Waldes für Fledermäuse. 10 Fledermausarten konnten hier nachgewiesen werden. Zwei große Wochenstuben-Kolonien der besonders seltenen Bechsteinfledermaus drohen ausgelöscht zu werden. „Jeder Quadratmeter dieses Lebensraums ist es wert, gerettet zu werden“, sagt der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht.

Der Skandal dabei: Obwohl der Wald alle fachlichen Kriterien der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie erfüllt, hatte es die Landesregierung unterlassen, ihn als Natura 2000-Gebiet auszuweisen. Denn das hätte das Aus für den Tagebau bedeutet. Auch eine Umweltverträglichkeitsprüfung wurde erst gar nicht vorgenommen.



D. Jansen

Doch inzwischen hat sich europaweit eine Rechtsprechung durchgesetzt, nach der auch potenzielle FFH-Gebiete bei Vorhabensgenehmigungen berücksichtigt werden müssen. Darauf baut der BUND bei seinen Klagen. Recht haben und Recht bekommen sind aber bekanntlich zweierlei. Wir sehen der Gerichtsverhandlung deshalb gespannt, aber auch optimistisch entgegen. Einen ersten Teilerfolg hat der BUND erzielt. Im Eilverfahren untersagten die Richter die Rodung von 56 Hektar Wald.



Alle Infos zu den BUND-Klagen finden Sie unter www.bund-nrw.de/hambach. Besonders freuen würden wir uns über Spenden zur Unterstützung unseres juristischen Widerstandes.

Lünen: Neue Runde im Kraftwerksstreit

Der langjährige Rechtsstreit um das umstrittene Trianel Kohlekraftwerk Lünen geht weiter. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat der Beschwerde des BUND gegen die Nichtzulassung der Revision gegen das Urteil des Oberverwaltungsgerichts des Landes NRW vom 16. Juni 2016 stattgegeben. Mit dieser Entscheidung folgt

das Bundesverwaltungsgericht der BUND-Argumentation, wonach das OVG-Urteil im Widerspruch zur bisherigen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts steht.

„In dem nun anstehenden Revisionsverfahren wird das Bundesverwaltungsgericht das Urteil des OVG überprüfen“, sagte der stellvertretende BUND-Landes-

vorsitzende Thomas Krämerkämper. „Jetzt besteht die begründete Hoffnung, dass das Urteil aufgehoben oder zumindest zur erneuten Entscheidung an das Oberverwaltungsgericht zurückverwiesen wird.“



www.bund-nrw.de/trianel_luenen



J. Farys

Standpunkt

100 Tage Schwarz-Gelb: Rückschritte für den Natur- und Umweltschutz

Eines muss man der neuen Landesregierung lassen: es ist bisher nichts passiert, was nicht aus dem Koalitionsvertrag oder zuvor aus den Wahlprogrammen herauszulesen war. Und wahrscheinlich ist es menschlich, erstmal nur das zurückzunehmen, was die Vorgängerregierung angestoßen hatte. Ambitioniert ist es aber nicht.

Zum Beispiel das „Einfrieren“ des so genannten Vorkaufsrechts der Naturschutzverbände: durch Rot-Grün in das Landesnaturschutzgesetz aufgenommen wurde es bereits vor einer angekündigten Novellierung des Gesetzes ausgebremst, obwohl es sich ohnehin nur auf bereits gesetzlich geschützte Gebiete beschränkte.

Oder der Verzicht auf die Länderöffnungsklausel in der neuen Düngeverordnung des Bundes: in Gebieten mit besonders hoher Nitratbelastung des Grundwassers in Folge von massiver Überdüngung auf zusätzliche Maßnahmen zu verzichten, ist ein Rückschritt für den Erhalt der biologischen Vielfalt und bürdet den Verbraucher*innen zusätzliche Kosten auf. Sogar das CSU-regierte Bayern plant derzeit das genaue Gegenteil.

Auch der Gesundheitsschutz spielt offenbar nur noch eine untergeordnete Rolle. Die Landesregierung lässt bislang jede Konsequenz beim Schutz der

Bevölkerung vor den Stickstoffdioxid-Belastungen durch Diesel-PKW vermissen. Der auch von Ministerpräsident Armin Laschet unterschriebene Vorstoß CDU-regierter Länder gegen die von der EU beschlossenen strengeren Quecksilber- und Stickoxid-Grenzwerte für Kohlekraftwerke ist ein Kniefall vor der Kohlelobby und Angriff auf die Gesundheit der Menschen in diesem Land.

Dass laut Entwurf des neuen Erlasses für Windenergieanlagen künftig ein Mindestabstand zur Wohnbebauung von 1.500 Metern gelten soll, während Braunkohletagebaue bis zu 100 Meter an Siedlungen heranrücken und Großkraftwerke wie das in Datteln in unmittelbarer Nähe zu einem Kinderkrankenhaus betrieben werden sollen, passt in dieses Bild.

Wie wäre es denn mal mit einem Pestizidreduktionsprogramm? Oder einem Bündnis für grüne Infrastruktur? Oder einem konstruktiven Vorschlag, wie die Klimaschutzziele des Landes, zu welchen CDU und FDP angeblich stehen, tatsächlich erreicht werden können?

Wahrscheinlich ist es zu viel verlangt, jetzt schon eigene Konzepte zu erwarten. Aber der Geist der „freiwilligen Verbindlichkeit“ wird sich nicht erst in fünf Jahren an seinem Erfolg messen lassen müssen.

Holger Sticht

... ist Vorsitzender des BUND NRW



D. Jansen



D. Jansen

Neuer Windenergie-Erlass

Gegenwind für Windenergie-Nutzung

Die Landesregierung will den naturverträglichen Ausbau der Windenergie-Nutzung in Nordrhein-Westfalen ausbremsen. Mit dem neuen Windenergie-Erlass wird versucht, einen Mindestabstand von Windparks zu Wohngebieten von mindestens 1.500 Meter zu etablieren. Auch wenn dem noch bundesrechtliche Regelungen entgegen stehen, hat die bloße Ankündigung schon bei etlichen Projekten zum Planungsstillstand geführt. Im Verbund mit den negativen Auswirkungen der letz-

ten Novelle des Erneuerbare Energien Gesetzes droht NRW jetzt ein Ausbaustillstand.

Die Chance, den Ausbau der Windenergienutzung über eine bessere regionalplanerische Steuerung naturschutzverträglich zu gestalten, lässt die Landesregierung ebenfalls aus. Wie so die Klimaschutzziele erreicht werden sollen, bleibt schleierhaft.



Die BUND-Stellungnahme zum WE-Erlass unter www.bund-nrw.de/windenergie



A. Fritsch/Neue Westfälische

BUND Bielefeld Bach entfesselt

Aktive des BUND Bielefeld und des Wassernetz NRW haben es geschafft: Am 25. August 2017 setzten sie die dritte Maßnahme ihres Aktionsplans für den Gellershagener Bach um. Konkret entfesselten die ehrenamtlichen Naturschützer die Ufer am Unterlauf des Gewässers, indem sie Wasserbausteine und Bongossi-Hölzer am Bachrand beseitigten und die

Böschung auflockerten. Zudem entfernten die Bachaktiven einen Großteil einer Schwelle, die für Fische und weitere wandernde Organismen bisher eine Barriere darstellte. Mit der Anlage von Strömungslenkern initiierten sie erste Schritte, damit das Gewässer sich wieder schlängeln kann. Auch reicherten die Engagierten den Gellershagener Bach mit Totholz an und sorgten so für weitere Kleinstlebensräume im Wasserlauf. Zum Gelingen der Aktion trug auch das Umweltamt der Stadt Bielefeld bei,

das dem Vorhaben zustimmte und technische Hilfe leistete. Weitere Aktionen an den Bielefelder Bächen sind vom BUND Bielefeld geplant, um die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in der Stadt voranzubringen.



Sie haben Lust, beim Gewässerschutz in Bielefeld mit anzupacken? Interessierte können sich an die BUND Kreisgruppe wenden: <http://bielefeld.bund.net/kontakt>

BUND Korschenbroich

Renaturierung der Trietbach-Aue

Gute Nachricht auch vom Niederrhein: Die BUND NRW Naturschutzstiftung hat mit Unterstützung des Landes ein etwa 9.000 Quadratmeter großes Grundstück an der Trietbach-Aue bei Korschenbroich erwerben können, die nun dauerhaft für den Gewässer- und Naturschutz gesichert ist. Gerd Sack von der BUND-Ortsgruppe Korschenbroich, welche die Fläche vor Ort betreut, lud am 8. September zur Einweihungsfeier mit Besichtigung des Geländes ein. Zu den Gästen zählten auch

der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht, Vertreter*innen des Landes, der Gemeinde, der lokalen Wirtschaft und Verbände. In Kürze erfolgen die nächsten Schritte, um den Bach mit seinem Weiher naturnah zu entwickeln und damit auch die Bestände der großen Teichmuschel und Malermuschel zu helfen.



<http://www.bund-kreisneuss.de/ortsgruppen/korschenbroich/>

Neu im Team

Seit Anfang Oktober verstärkt Henry Tünte das Team des verbändeübergreifenden Projektes Wassernetz NRW. Der 45-jährige Geoökologe berät und unterstützt die ehrenamtlichen Gewässerschützer*innen bei Vorhaben und Projekten zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie.

Kontakt: henry.tuente@wassernetz-nrw.de, www.wassernetz-nrw.de



D. Jansen



Anja Keul, www.anja-keul.de

Arnsberg Neue Regionalgruppe

Im Oktober hat sich die BUND-Regionalgruppe Arnsberg neu konstituiert. Damit wird sich der BUND in der naturräumlich und durch Besiedlung und Verkehr völlig unterschiedlich geprägten Region zwischen Ruhrgebiet, Soester Börde und Siegerland noch stärker als bisher kreisübergreifend in die Debatte um Autobahnbau, neue Gewerbegebiete und Energietrassen einmischen. Auch Naturschutz und Freiraumplanung, der naturverträgliche Ausbau regenerativer Energien, der Gewässerschutz u.v.m. sind Aufgaben, die nicht an der eigenen Stadtgrenze halt machen. Geleitet wird die Regionalgruppe - die die Aktivitäten aller BUND-Gruppen im Regierungsbezirk Arnsberg vernetzt - von einem vierköpfigen Vorstandsteam. Wir danken allen die hieran mitwirken und wünschen gutes Gelingen!

Voller Elan: Das Vorstandsteam der BUND-Regionalgruppe Arnsberg.



Philipp Kothhoff

Biodiversität Einsatz für die Katz

Detlef Wurst, BUND-Wildkatzenbotschafter aus der Eifel seit 2014, ist immer wieder im Einsatz für die Wildkatze. Mittlerweile ist seine Tätigkeit auch über weite Teile der Eifel bekannt: gibt es eine angefangene, verwaiste oder tote Wildkatze irgendwo in der Vulkaneifel, so wird er gerufen. Mit dicken Handschuhen, einem Notfallkäfig oder einer Transportbox ausgestattet macht er sich auf zur Rettung. Dies ist keine leicht zunehmende Aufgabe – es ist nicht jedermanns Sache, tote Wildkatzen aufzusammeln und für die Wissenschaft in der eigenen Tiefkühltruhe zu lagern oder verletzte aber immer noch wehrhafte Tiere beherzt zu ergreifen und zum Tierarzt zu bringen. Dafür möchten wir ihm ganz herzlich danken!

Unsere Wildkatzenbotschafter sind in ganz NRW unterwegs, um sich auf unterschiedliche Art und Weise für eine bessere Zukunft für die Wildkatze einzusetzen. Ihnen allen gilt unser Dank!

 www.bund-nrw.de/wildkatze

Agrarwende BUND-Landpartie

Jedes Jahr werden in Deutschland mehr als 45 Millionen männlicher Eintagsküken getötet - ein unhaltbarer Zustand. Was sind die Alternativen hierzu? Geschlechtsbestimmung im Ei? Zweinutzungshühner? Aufzucht von Bruderhähnen? Ist der höhere Futtereinsatz hierbei vertretbar? Sollte nicht auch der Eierkonsum sinken? Diesen und weiteren Fragen ging der BUND NRW intensiv bei einer neuen Landpartie nach. Sie führte zu einem Biohof am Niederrhein, der mit viel Engagement und Erfahrung Legehennen und Bruderhähne im Freiland und mit Hühnermobilen hält - und so konkrete Auswege aus dem Kükentöten aufzeigt! Weiter gab es tiefe Einblicke in die Weidehaltung von Mutterkühen und das Ackern ohne Glyphosat. Im Frühjahr 2018 startet die nächste Landpartie.



F. Weissenberg

Gemeinsam viel bewegt - eine Zwischenbilanz

Handy-Sammlung schont Umwelt

Der BUND und das Kölner Umwelt-Start-Up Mobile-Box sammeln nun schon seit mehr als vier Jahren alte Handys und führen diese einer umweltgerechten Verwertung zu. Genügend Zeit um zurückzublicken und eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Durch das gemeinsame Engagement konnten bisher knapp 5.000 Altgeräte recycelt und teilweise sogar innereuropäisch wiederverwendet werden. Das entspricht in etwa 100 Gramm Gold, die durch das gezielte Recycling nicht mehr umweltschädigend in Bergwerken abgebaut werden mussten. Eine beachtliche Leistung, wenn man bedenkt, dass 103 Tonnen Golderz dieselbe Menge Gold enthalten.

Damit wird eindrucksvoll sichtbar, welche Bedeutung das Recycling alter Mobiltelefone für den Umweltschutz hat.

Der Dank gilt vor allem den knapp 40 aktiven BUND Gruppen in NRW und deren ehrenamtlichen Sammlern vor Ort. Dazu zählt auch der BUND Wesseling. Joachim Scheffer hat dort vor einem Jahr mit der Sammlung in der Stadtbücherei begonnen. Mithilfe einer gelungenen Pressearbeit konnten so bereits erste Sammelerfolge erzielt werden. Die Spende, die von Mobile-Box für jedes gesammelte Handy geleistet wird, soll im besten Fall zur Bepflanzung einer neuen Obstwiese in Wesseling genutzt werden.

Der BUND-Landesverband freut sich über jeden neuen Sammler. Wir hoffen, dass auch in Zukunft viele alte Handys den Weg zu einer umweltgerechten Verwertung finden.



www.bund-nrw.de/handy-sammlung



BUND-Gruppen, die sich an der Sammlung beteiligen möchten, können jederzeit eine Nachricht an das Team von Mobile-Box (info@mobile-box.eu) senden und so kostenlos eine Sammelbox mit Flyern und Plakaten erhalten.

Klimaschutz

Junge Energieforscher*innen

Die BUND-Ortsgruppe Ertstadt organisiert und betreut regelmäßig Solarworkshops im Umweltzentrum Friesheimer Busch. Hier können sich Kinder zwischen acht und 12 Jahren spielerisch den Umgang mit Erneuerbaren Energien erarbeiten.



Gegen Ende der Sommerferien war es wieder so weit: An dem von Monika Bruske organisierten dreitägigen Solarworkshop nahmen 14 Nachwuchsforscher*innen teil. Die Kinder machten Experimente zur Solarthermie, bauten ein Windrad zum Mitnehmen, und am Nachmittag des dritten Tages konnten sie das selbstgebaute Solarmobil testen.

Die Kinder lernten dabei viel über die Kraft der Sonne. Der abgebildete Solarthermie-Kollektor, einer von vier gleichen der Marke Eigenbau, erreichte eine unerwartete Spitzentemperatur von 78,6 °C.

„Sowohl die Kinder als auch die ehrenamtlichen Betreuer waren mit Freude im Einsatz und mit den Ergebnissen sehr zufrieden“, resümierte Monika Bruske von der BUND-Ortsgruppe. Vor der Energiewende muss uns bei solchem Nachwuchs nicht bange sein.



Schmetterling des Jahres 2018: Der Große Fuchs

Die Bestände des Großen Fuchses sind in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen. Daher wird der schöne Schmetterling mittlerweile in der Roten Liste der gefährdeten Tiere Deutschlands als gefährdet eingestuft.

Foto: R. Manderbach, www.deutschlands-natur.de

 www.bund-nrw.de/schmetterling-des-jahres

Grüne Hauptstadt Europas

Erlebe dein grünes Wunder

Essen ist in diesem Jahr „Grüne Hauptstadt Europas“. Doch blickt man hinter die bunte Marketingfassade, bleibt nichts außer einem grünen Deckmäntelchen.

Eine Jury der Europäischen Kommission hatte den Titel mit Essen erstmals einer Stadt mit montanindustrieller Geschichte verliehen. In der Begründung zielte man auf die Vorreiterrolle Essens in der Metropolregion Ruhr und ihre Vorbildfunktion für Städte im Strukturwandel ab. „Lösungsvorstellungen“ des Bewerbers für den Weg von der Kohle- und Stahlstadt

zur „grünsten Stadt Nordrhein-Westfalens“ sollen überzeugt haben. Doch ist in diesem Jahr dieser Weg tatsächlich bestritten und die Chance genutzt worden?

Passiert ist unter dem Slo-

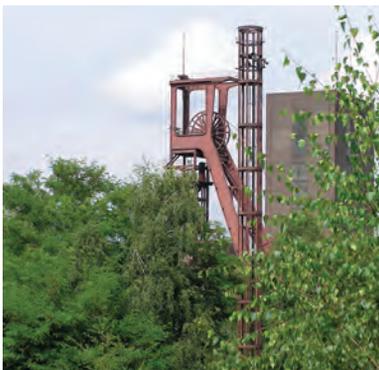
gan „Erlebe dein grünes Wunder“ viel: umfangreiche Veranstaltungsprogramme wie das Familien- und Upcyclingfest oder der „Tag der Bewegung“ mit teilweiser Sperrung des Innenstadtrings für Autos, Radtouren zu Gemeinschaftsgärten, ein paar neue Ladesäulen für E-Autos etc. Ein Steg an der Ruhr wurde gebaut, um das Baden im Fluss nach 40 Jahren wieder frei zu geben. Allerdings nur, wenn die Wasserwerke die „grüne Flagge“ hissen. Denn bei den aufgrund der menschlichen Klimaveränderungen häufiger werdenden Starkregenereignissen wird Niederschlagswasser ungeklärt in die Ruhr eingeleitet und das Baden schnell gesundheitsschädigend.

Nur aufgrund des Drucks durch die Klage der Deutschen Umwelthilfe stellt die Bezirksregierung Düsseldorf einen neuen Luftreinhalteplan für Essen auf. Auch in diesem Jahr wurden die Bürger*innen wieder über das zulässige Maß hinaus mit Stickoxiden gefährdet. Der Essener Norden soll auch weiterhin ohne Landschaftsplan

bleiben. Neue Naturschutzgebiete? Pestizidverbot auf stadteigenen Flächen? Fehlanzeige! Es gibt nicht einen politischen Beschluss, der grüne Ideen in die Tat umsetzt und über 2017 hinaus wirken könnte. Stattdessen sieht die mitregierende SPD Essen als wachsende Stadt. Noch Ende Oktober sagte der Vorsitzende des städtischen Planungsausschusses, dass es klar sei, dass die eine oder andere Grünfläche, auch im Landschaftsschutzgebiet, noch Wohn- und Gewerbeflächen zum Opfer fallen wird.

„Grünste Stadt Nordrhein-Westfalens“? Nichts als heiße Luft und schwarze Farbe. In Zeiten des Insektensterbens dient die Hummel am Lavendel auf dem Werbebanner nur der Verpackung, aber keinem Inhalt. In Essen tut man noch nicht einmal so, als wolle man Nachhaltigkeit auf allen Politikfeldern implementieren. Es wird anderen Städten und der Eigeninitiative ihrer Bürger*innen vorbehalten sein, Vorbildfunktion zu entwickeln. Essen ist schon jetzt abgehängt.

Holger Sticht



Gecko/pixelio.de

IMPRESSUM: Das NRWinfo wird herausgegeben vom **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.**
♦ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: 0211/302005-26, eMail: bund.nrw@bund.net, www.bund-nrw.de ♦ **V.i.S.d.P.:** Holger Sticht, Landesvorsitzender ♦ **Redaktion & Layout:** Dirk Jansen, Geschäftsleiter; dirk.jansen@bund.net ♦ **Beiträge zu dieser Ausgabe:** Ralf Bilke, Monika Bruske, Christian Schweer, Holger Sticht, Christine Thiel-Bender ♦ **Auflage:** 20.500 ♦ **Druck:** Brühlische Universitätsdruckerei Gießen ♦ **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFS WDE 33 XXX, Konto: DE 10 3702 0500 00082 04600 ♦ **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! ♦ Das NRWinfo erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.12.2017 ♦ © BUND NRW, November 2017

Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW.